



POLITIK / REDAKTION

Iran - US-Aggression spitzt zu ...

(SB) - Das sogenannte Special Purpose Vehicle (SPV), eine Art Clearing House, mittels dessen europäisch-iranische Tauschgeschäfte am amerikanischen Bankensystem vorbei ermöglicht werden sollen, steht. Am heutigen 31. Januar hat nach monatelangen Beratungen die neue Finanzinstitution mit Namen INSTEX - "Instrument in Support of Trade Exchanges" ... (Seite 5)

POLITIK / KOMMENTAR

Gebremste Konjunktur - armes Deutschland ...

(SB) - Wenngleich außer Frage steht, daß zahlreiche Menschen in Deutschland unter Armut leiden, die ihr Dasein zur Drangsal macht und ihr Leben verkürzt, ist Aufklärung über soziale Grausamkeiten ein unverzichtbarer, aber keineswegs hinreichender Ansatz, dem Übel den Kampf ... (Seite 8)

NATURWISSENSCHAFTEN

Der wahre Preis - Scharade mit dem Durst ...

(SB) - Es ist tatsächlich so paradox, wie es sich darstellt: Zwei Drittel der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt, doch nur 2,5 Prozent davon sind ... (Seite 11)

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Politiker verlässt wegen Morddrohungen das Land



(São Paulo, 24. Januar 2019, *Brasil de Fato*) - Nachdem in den Untersuchungen zum Mord an Marielle Franco Verbindungen in die Kreise des Präsidenten Bolsonaro hergestellt werden konnten, kündigte der Bundesabgeordnete Jean Wyllys die Niederlegung seines Amtes an und beschloss, das Land zu verlassen: "Ich will auf mich aufpassen und am Leben bleiben".

Bereits drei Mal wurde Jean Wyllys für die Partei für Sozialismus und Freiheit PSOL (Partido Socialismo e Liberdade) in Rio de Janeiro in die Abgeordnetenkammer gewählt. Am 25. Januar kündigte er an, sein Amt niederzulegen und das

Jean Wyllys
Foto: *Mídia NINJA from Brasil*
[CC BY-SA 2.0
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>)],
via *Wikimedia Commons*

Land zu verlassen. Er sagte, er habe nicht die Absicht zurückzukehren und werde sich im Ausland dem akademischen Leben widmen. Wyllys, der seit der Ermordung seiner Parteikollegin Marielle Franco im März 2018 unter Polizeischutz lebt, berichtete, dass die Morddrohungen gegen ihn, die er schon vor Marielles Tod erhalten hatte, in der letzten Zeit zugenommen hätten. "Es entsetzt mich zu

wissen, dass die Ehefrau und die Mutter des Auftragsmörders Angestellte des Präsidentensohns waren", sagt Wyllys gegenüber der Tageszeitung Folha de S. Paulo. "Der Präsident, der mich diffamiert, mich öffentlich beleidigt und sich mir gegenüber immer homophob geäußert hat. Das ist einfach keine sichere Umgebung für mich."

Wyllys stammt aus Bahia, sein Lebensmittelpunkt befand sich zuletzt jedoch in Rio de Janeiro. Der offen schwul lebende Abgeordnete war der erste, der Themen zu LGBT-Personen auf den Plan des Nationalkongresses brachte. Damit zog er den Zorn konservativer Gruppen auf sich. Kürzlich gewann Wyllys einen Prozess wegen Diffamierung gegen den Bundesabgeordneten Alexandre Frota, der ihn in den Sozialen Medien als Befürworter von Pädophilie verleumdet hatte.

"Wir haben viel für das Allgemeinwohl getan. Und wir werden noch mehr tun, wenn eine neue Zeit anbricht"

"Das bedrohte Leben zu schützen, ist auch eine Strategie im Kampf für bessere Zeiten. Wir haben viel für das Allgemeinwohl getan. Und wir werden noch mehr tun, wenn eine neue Zeit anbricht. Danke an euch alle, von ganzem Herzen. Alles Gute", verkündete der Politiker auf Twitter. An seine Stelle tritt der Journalist und Stadtrat David Miranda. Dieser erreichte etwa 15.000 Stimmen - zweitausend weniger als Wyllys. Miranda beschreibt sich selbst als "schwarz, aus der Favela stammend und ersten LGBT-Stadtrat in Rio de Janeiro, der sich für Medienfreiheit und Tierrechte einsetzt". Mirandas

Stelle im Stadtrat wird durch Marcos Paulo ersetzt, der ebenfalls der PSOL angehört.

Solidarität

Kolleg*innen der PSOL und anderer Parteien im Kongress solidarisieren sich öffentlich mit Wyllys. Die Fraktion der Arbeiterpartei (PT) reichte am 24. Januar eine schriftliche Aufforderung zur Untersuchung der Drohungen durch die zuständigen Organe ein. Diese hatte der Fraktionsvorsitzende Paulo Pimenta (PT) unterzeichnet. Die Partei versteht die Drohungen gegen Wyllys als "Nötigung, nicht nur dieses Abgeordneten der PSOL, sondern aller Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, egal ob mit oder ohne Mandat".

Übersetzung: Nadine Weber

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/brasili-en-politiker-verlaesst-wegen-mord-drohungen-das-land/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

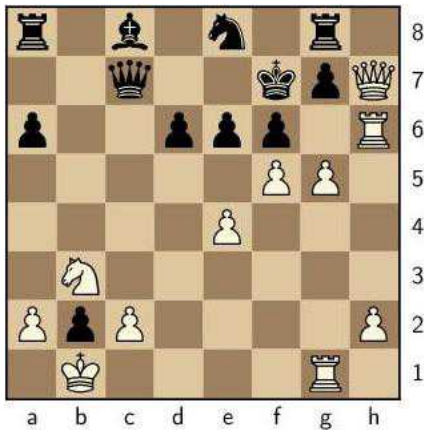
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1854.html>

SCHACH - SPHINX

Und wieder lächelte die Nemesis

(SB) - Solche Stellungen wie im heutigen Rätsel der Sphinx sind rechte Kopfzergrübler. Weiß hatte zuletzt 1.Th3-h6 gespielt und damit eine weitere Figur in eine Angriffsposition gebracht. Der Druck gegen den schwarzen f6-Bauern wurde verstärkt. Für den Verteidiger wuchsen die Schwierigkeiten ungleich schneller an als im Gegenzug für den Angreifer, der bereits eine Figur geopfert hatte und nun um Sein oder Nichtsein spielte. Wie aber sich effektiv verteidigen? So war 1...f6xg5 wegen 2.f5xe6+ indiskutabel. Nicht besser sah 1...Kf7-f8 aus. Nach 2.g5xf6 hinge die schwarze Stellung unrettbar im Fesselungs- Spinnennetz. Der Gedanke lag nahe, eine weitere schwarze Figur zu Verteidigungszwecken an den Konflikt heranzuführen. 1...Dc7-e7 bot sich an, doch auch hier hatte Weiß eine starke Angriffsfortsetzung in der Hinterhand mit 2.g5xf6 Se8xf6 3.Th6xf6+! De7xf6 4.Tg1-g6 Df6-e7 5.f5-f6 De7-e8 6.h2-h4 oder 6.Sb3-d4, um den Springer über f3 nach g5 zu befördern. Die Lage für den schwarzen König wäre auf jeden Fall bedrohlich gewesen. Der gefährlichste weiße Stein war demnach der f-Bauer und daher spielte der Nachziehende nun 1...e6xf5, um auf 2.e4xf5 Lc8xf5! 3.Dh7xf5 g7xh6 den weißen Turm zu verspeisen. Vielleicht gibt es ja tatsächlich so etwas wie eine Nemesis, eine ausgleichende Gerechtigkeit, denn der weiße Angriff, der hübsch vorangetrieben worden war, reichte immer

noch aus, um die Partie dank einer hübschen Kombination ins Remis zu retten, Wanderer.



Bronstein - Suetin
Moskau 1982

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Der weiße König steckte, ohne es zu wissen, im engsten Mattnetz, das sich nach 1...Sc5-b3+! 2.a2xb3 Sd7-c5! mit aller Wucht offenbarte. Das drohende Matt auf b3 war jedoch nicht die einzige Sorge des Weißen. Zugleich drohte auch ein Familienschach. Zwei Probleme, eine Lösung: Weiß gab auf.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06824.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Nur noch drei Staatsbetriebe!?

(Montevideo, 30. Januar 2019, *la diaria*) - Salim Mattar, Geschäftsmann und Sekretär für Privatisierung in der Regierung von Jair Bolsonaro, gibt an, dass der Präsident angeordnet habe, nur drei staatliche Unternehmen zu halten: Das Erdölunternehmen Petrobras und die Finanzinstitute Banco do Brasil und Caixa Econômica Federal. "Wir haben bereits die Unterstützung des Präsidenten, dass nur diese drei Unternehmen übrig bleiben sollen. Wir werden alle Tochtergesellschaften verkaufen", bekräftigte Mattar in der Tageszeitung *Folha de São Paulo*. Der Sekretär nannte zwar keinen Zeitpunkt für die Privatisierungen, aber er sagte, dass sich diese Unternehmen in den kommenden vier Jahren von ihrem Vermögen trennen und ihre Aktivitäten zurückfahren sollen.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/brasilien-nur-noch-drei-staatsbetriebe/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1855.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Vorwahlen in Bolivien

(*La Paz, 30. Januar 2019, amerika21*) - Am 27. Januar haben zum ersten Mal in der Geschichte Boliviens parteiinterne Vorwahlen stattgefunden, bei denen neun politische Organisationen

ihre Kandidat*innen für die Präsidentschaft und die Vize-Präsidentschaft bestimmten. Sie verliefen ohne Zwischenfälle und waren von einer geringen Beteiligung gekennzeichnet. Von ins-

gesamt 1,6 Millionen registrierten Parteimitgliedern hatten sich lediglich 25 Prozent beteiligt. Dennoch sprach die Präsidentin des Obersten Wahltribunals von Bolivien (TSE), María Eugenia

Choque, von einem "demokratischen Fest". Vertreter*innen der Institution erklärten die geringe Partizipation mit der Freiwilligkeit der Stimmabgabe im Gegensatz zu Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Laut dem bolivianischen Parteiengesetz reicht bereits eine positive Stimme eines Parteimitglieds in den Vorwahlen, damit die registrierten Kandidaten an den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2019 teilnehmen können. In jeder Partei stand lediglich ein Kandidat*innen-Duo zur Wahl.

Die Kandidaten der Regierungspartei Bewegung zum Sozialismus (MAS), der amtierende Präsident Evo Morales und sein Vizepräsident Álvaro García Linera, erhielten [1] 406.301 Stimmen, was etwas mehr als 41 Prozent der registrierten Parteimitglieder entspricht. Bemerkenswert ist der hohe Anteil an ungültigen Stimmen und Enthaltungen, die zusammen auf rund zehn Prozent kamen. Die Opposition wertete dieses Resultat als "mangelnde Unterstützungsbereitschaft der Parteibasis für die illegale Aufstellung" von Morales und García Linera, die ihre Kandidatur zurückziehen sollten. Der amtierende Kommunikationsminister der Regierung hingegen betonte, dass die MAS "weiterhin eine der Parteien Lateinamerikas ist, die im Verhältnis zum offiziellen Wähler*innenverzeichnis die höchste Anzahl an Parteimitgliedern aufweist".

Die beiden aussichtsreichsten Oppositionsbündnisse hatten die Einführung der Vorwahlen scharf kritisiert und zum Boy-

kott aufgerufen, um ein Zeichen des Protestes gegen die Nominierung des Duos Morales/García Linera zu setzen. Nicht einmal sieben Prozent aller Mitglieder der Allianz Bolivien sagt Nein stimmten ab. Auch die Mitglieder der Allianz Bürgergemeinschaft folgten dem Boykott-Aufruf von Ex-Präsident Carlos Mesa und seinem damaligen Minister für nachhaltige Entwicklung Gustavo Pedraza. Nicht einmal sechs Prozent der Parteimitglieder gaben ihre Stimme ab. Die verbleibenden sechs Oppositionsparteien folgten diesem Trend [1].

Erklärtes Ziel der Opposition war es, lediglich das notwendige Minimum an Stimmen zu erreichen, um an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen zu können. Nach ihrer Meinung hätten Morales und García Linera ausgeschlossen werden müssen, denn der Artikel 168 der Verfassung legt fest, dass der Präsident und sein Vize lediglich einmal wiedergewählt werden dürfen. Bei einem Referendum am 21. Februar 2016 stimmte eine knappe Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Verfassungsänderung und damit gegen eine erneute Kandidatur Morales'. Durch einen darauffolgenden Entscheid des Verfassungsgerichts wurde jedoch die unbegrenzte Wiederwahl bei Präsidentschafts-, Parlaments- und Regionalwahlen erlaubt. Entsprechend ließ die Oberste Wahlbehörde die Beteiligung des amtierenden Regierungsgespanns an den Vorwahlen zu. Das Urteil stieß bei der Opposition und Teilen der Gesellschaft auf Ablehnung.

Anmerkung:

[1] <https://trep.oep.org.bo/#>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/vorwahlen-in-bolivien/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonaal -
Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonaal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1856.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

Iran - US-Aggression spitzt zu ...

(SB) 30. Januar 2019 - Das sogenannte Special Purpose Vehicle (SPV), eine Art Clearing House, mittels dessen europäisch-iranische Tauschgeschäfte am amerikanischen Bankensystem vorbei ermöglicht werden sollen, steht. Am heutigen 31. Januar hat nach monatelangen Beratungen die neue Finanzinstitution mit Namen INSTEX - "Instrument in Support of Trade Exchanges" - in Paris den Betrieb offiziell aufgenommen. Anteilseigner sind Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Mit der Gründung von INSTEX hoffen die EU-3 das internationale Atomabkommen mit dem Iran aus dem Jahr 2015 doch noch zu retten. Damals hatte Teheran mit den USA, Rußland, China sowie den drei europäischen Großmächten die vollständige Entmilitarisierung seines Kernenergieprogramms vereinbart und sollte dafür im Gegenzug die Aufhebung von Sanktionen sowie Handelserleichterungen und ausländische Investitionen erfahren.

2018 hat die Normalisierung der Beziehungen des Westens zum Iran jedoch ein jähes Ende gefunden. Im Mai gab Präsident Donald Trump den einseitigen Austritt der USA aus dem von der Regierung seines Vorgängers Barack Obama maßgeblich ausgehandelten Joint Comprehensive Plan Of Action (JCPOA) bekannt. Zur Begründung wartete der windige New Yorker Immobilienhai mit der al-

ten Leier der Israelis vom "Mullahregime" in Teheran als "Hauptexporteur des internationalen Terrorismus" auf und verwies dabei auf iranische Unterstützung für die Regierung Baschar Al Assads im syrischen Bürgerkrieg, für die schiitischen Huthis im Kampf gegen die Aggression Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate im Jemen, für die palästinensische Hamas im Gaza-Streifen sowie für die Hisb-Allah-Miliz im Libanon. Im August und November traten die drei Jahre zuvor aufgehobenen Sanktionen des US-Finanzministeriums wieder in Kraft.

Die Folgen für die iranische Wirtschaft waren verheerend. Die meisten europäischen Unternehmen, die 2015 Investitionen im Iran getätigt hatten, zogen sich aus Angst, selbst Opfer des amerikanischen Sanktionsregimes zu werden, aus der Islamischen Republik zurück. Aufgrund des massiven Drucks der USA sind die Ölexporte des Irans, welche die wichtigste Devisenquelle des Landes darstellen, in den letzten drei Jahren um die Hälfte gesunken. In den letzten 12 Monaten hat der iranische Rial im Vergleich zu anderen Währungen 70 Prozent seines Wertes verloren. Die Inflationsrate beträgt inzwischen 35 Prozent. Fleisch ist zur Mangelware geworden. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und die Armut steigt. In einer Rede an das Volk hat am 30. Januar Präsident

Hassan Rohani die Lage als "die schwierigste Herausforderung" seit 40 Jahren, also seit der Islamischen Revolution und dem Sturz des Schahs 1979 bezeichnet. Das will etwas heißen, denn die Entbehrungen und das Leid, welche die Iraner während des Krieges mit dem Irak von 1980 bis 1988 ertragen mußten, waren erheblich.

Vor diesem Hintergrund zu erwarten, daß die Inbetriebnahme von INSTEX die Wende zum Besseren im Handel zwischen der EU und dem Iran einleiten könnte, wäre illusorisch. Die Maßnahme kommt viel zu spät und greift sowieso viel zu kurz. Die großen europäischen Unternehmen wie Peugeot, Total, Siemens und Maersk haben sich längst aus dem Geschäft mit dem Iran zurückgezogen und werden sich erst wieder dort betätigen, wenn die Konfrontation zwischen Washington und Teheran beendet ist. Dafür gibt es keine Anzeichen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Spannungen zwischen Washington und Teheran spitzen sich zu und die Europäer machen sich zu Helfershelfern der USA. Parallel zur Gründung von INSTEX drohen die Franzosen dem Iran mit der Verhängung von europäischen Wirtschaftssanktionen, sollte Teheran nicht schleunigst auf das Testen ballistischer Raketen verzichten. Dazu sind die Iraner, die zurecht auf die ständigen Bedrohungen hinweisen, die sie seitens

der USA, Israels und Saudi-Arabiens ertragen müssen, überhaupt nicht bereit.

Es dürfte kein Zufall sein, daß der Austritt der USA aus dem JCPOA im vergangenen Mai praktisch zeitgleich mit der Ernennung John Boltons zum Nationalen Sicherheitsberater Trumps erfolgte. Der ehemalige UN-Botschafter George W. Bushs gilt als Kriegsfalke und großer Israel-Freund, der 2002, 2003 eine exponierte Rolle bei der gezielten Irreführung des unkritisch denkenden Teils der Öffentlichkeit in den USA und weltweit über die Gründe des angloamerikanischen Einmarsches in den Irak spielte - siehe das durchsichtige Märchen vom "finsteren Nexus" zwischen dem Baath-"Regime" Saddam Husseins und dem Al-Kaida-"Netzwerk" Osama Bin Ladens. Bolton verfügt über gute Verbindungen zu den iranischen Volksmudschaheddin (MEK), die seit Jahren im Auftrag Israels Anschläge in der Islamischen Republik verüben und Propagandageschichten des Mossads über die Revolutionsgarden in den Medien lancieren.

Wie die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtete, haben US-Diplomaten zuletzt bei der internationalen Atomenergieagentur (IAEA) in Wien versucht, deren Experten zur Revidierung ihres Urteils, wonach der Iran seit Jahren nichts in Richtung militärischer Nutzung von Spaltmaterial unternimmt, zu bewegen - ohne Erfolg. Am 31. Januar hat Trump die Einschätzung aller 17 US-Geheimdienste, die sich mit dem Urteil der IAEA deckt, schlichtweg abgetan, die eigenen Fachleute als "extrem passiv und naiv" bezeich-

net und empfohlen, sie sollten vielleicht "zurück in die Schule gehen".

Am 24. Januar hat der erfahrene Beobachter zionistischer Bestrebungen in Washington Jim Lobe in einem aufschlußreichen Artikel auf seinem vielgelesenen Blog vor der steigenden Kriegsgefahr gewarnt. Nach Ansicht Lobes bedürfte es eines einzigen Zwischenfalls in Syrien, im Irak oder am Persischen Golf, und die ganze Region Nahost stünde in Flammen. Für die Richtigkeit seiner Einschätzung spricht die Episode, die das Wall Street Journal erst Mitte Januar bekanntgemacht hat, wonach Bolton im vergangenen September einen Mörserangriff auf die US-Botschaft in der Grünen Zone Bagdads, der keinerlei Schäden verursacht hatte und dessen Urheber unbekannt war, zum Anlaß nahm, das Pentagon mit der Ausarbeitung von Handlungsoptionen für Vergeltungsschläge gegen den Iran zu beauftragen. Die Anweisung Boltons soll laut Wall Street Journal bei den Vereinigten Stabschefs "Nervosität" ausgelöst haben. Mit dem anmaßende Vorstoß des übermächtigen Nationalen Sicherheitsberaters soll der eigentlich zuständige Verteidigungsminister James Mattis nicht einverstanden gewesen sein. Nur wenige Monate später mußte der Ex-General, der im Unterschied zu Bolton immerhin über Kriegserfahrung verfügt, sein Büro im Pentagon räumen. Am 2. Januar wurde er von Trump demonstrativ gefeuert.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1639.html>

POLITIK / REDAKTION

DR Kongo - Ebolamanöverfeld ...

(SB) 30. Januar 2019 - Im August vergangenen Jahres ist in der Demokratischen Republik Kongo eine Epidemie mit der hochansteckenden hämorrhagischen Fiebererkrankung Ebola ausgebrochen. Die Versuche einer Eindämmung der Infektion sind bislang gescheitert. Ebola breitet sich weiter in den nordostkongolesischen Provinzen North Kivu und Ituri aus und bedroht auch die Nachbarländer Uganda, Ruanda und Südsudan. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind bei diesem jüngsten Ebola-Ausbruch in der DR Kongo 439 Menschen (Stand: 24.1.2019) gestorben, mehr als 700 haben sich infiziert.

Auch wenn dieser Ausbruch bislang nicht das Ausmaß der Ebola-Epidemie von 2014 bis 2016 in Westafrika erreicht hat, bei der mehr als 11.300 Menschen gestorben sind, ist festzustellen, daß die Berichterstattung in den hiesigen Medien über die Epidemie in Kongo ausgesprochen dünn bleibt. Das Thema wird weitgehend ignoriert. Damals war die Seuche auf die Titelseiten von zahlreichen westlichen Zeitungen und Zeitschriften gehoben worden, heute wird sie in die Randspalten verbannt. Das könnte damit zu tun haben, daß die Seuche damals als Lehrübung genutzt wurde, ob eine solche Epidemie in Afrika den Sprung nach Europa schafft und wie dies verhindert werden kann.

Temperaturmeßgeräte für ankommende Fluggäste aus Westafrika

auf Flughäfen wie Frankfurt am Main waren die äußerlich gut sichtbaren Hinweise der seuchenmedizinischen Manöverlage. Im Hintergrund liefen Computerberechnungen über Ausbreitungsgeschwindigkeit, Verbreitungswege, Quarantänemöglichkeiten, etc. Die zuständigen nationalen und europäischen Institutionen haben aus der westafrikanischen Ebola-Epidemie gelernt. Dazu schreibt das Robert-Koch-Institut:

"Die Erfahrung mit dem Ebolafieber-Ausbruch 2014/2015 in Westafrika hat gezeigt, dass das Risiko der Einreise eines Ebolavirus-Infizierten nach Deutschland selbst dann sehr gering ist, wenn afrikanische Großstädte mit internationalen Flugverbindungen von einem Ausbruch betroffen sind. 2014/2015 haben nur ganz vereinzelt Personen mit einer Ebolavirus-Infektion die betroffenen westafrikanischen Länder mit dem Flugzeug verlassen können."

Vielleicht ist das der Grund für das gegenwärtig geringe mediale Interesse am Ebola-Ausbruch in der DR Kongo: "Wir" in Europa können zuversichtlich sein, daß sich die Infektionskrankheit hier nicht ausbreitet. Die Inkubationszeit beträgt in der Regel zwischen zwei und 21 Tagen, was verglichen mit anderen Infektionskrankheiten wie beispielsweise Hepatitis A oder HIV kurz ist. Das bedeutet, daß sich eine Ansteckung in vielen Fällen relativ schnell zeigt. Aus dem Grund läßt sich eine Seuche leichter eindämmen als eine Seuche, die lange Zeit versteckt bleibt.

Äußerst gefährlich ist Ebola hinsichtlich seiner Ansteckungsgefahr. Kontakt mit infizierten Körperflüssigkeiten muß unbedingt

vermieden werden. In der Samenflüssigkeit kann sich das Ebola-Virus sogar 18 Monate halten. Die Mortalitätsrate des aktuellen Ausbruchs liegt bei rund 60 Prozent.

Eine Eindämmung der Seuche ist in diesem Fall besonders schwierig, weil Ebola in Gebieten ausgebrochen ist, die unter Kontrolle von Rebellengruppen stehen, und deshalb weder für die Regierung noch Hilfsorganisationen wie die WHO zugänglich sind. Verteilt auf mehrere Lager leben in der Seuchenregion rund eine Million Binnenflüchtlinge. Rund 60 verschiedene bewaffnete Gruppen machen North Kivu unsicher - und die Regierungssoldaten stellen dazu keine Alternative dar, von der Sicherheit zu erwarten wäre. Ähnliches gilt für die 16.000 UN-Soldaten der Operation MINUSCO, von denen einige zum Schutz für die Ebola-Teams abgestellt wurden.

Der gegenwärtige Ebola-Ausbruch ist bereits der zehnte in diesem Land seit 1976, doch keiner war so umfangreich. Im Oktober vergangenen Jahres ging die WHO noch davon aus, daß die Regierung mit internationaler Unterstützung die Epidemie in den Griff bekommt. Die jüngste Pressemitteilung der WHO vom 24. Januar klingt schon weniger optimistisch: "Das Gesundheitsministerium (MoH), die WHO und ihre Partner stehen weiterhin vor Herausforderungen bei der Eindämmung und Kontrolle des Ausbruchs der Ebola-Viruskrankheit (EVD) in der Demokratischen Republik Kongo."

Erschwerend für die Seuchenbekämpfung kommt hinzu, daß die Menschen traditionell ihre Verstorbenen waschen und somit anfassen, bevor sie sie bestatten. Das

ist im Falle einer Ebolainfektion äußerst riskant. Doch medizinische Helfer, die die Leichen bestatten wollten, ohne sie zu berühren, waren deshalb schon attackiert worden.

Breit angelegte Impfmaßnahmen funktionieren ebenfalls nicht reibungslos oder gar nicht. Viele Menschen hegen Mißtrauen gegenüber dem medizinischen Personal und wollen von ihm nicht mit einem abgeschwächten Virus angesteckt werden. In Marobo kam es Anfang des Jahres zu Protesten gegen die geplante Errichtung eines Ebola-Behandlungszentrums, nachdem dort drei Schüler wegen Verdachts auf Ebola unter Quarantäne gestellt worden waren. Als internationale Helfer begannen, alle Schüler einer örtlichen Oberschule zu impfen, machten Gerüchte die Runde, der Impfstoff sei gefährlich, und die Schüler flohen mitsamt ihren drei infizierten Mitschülern. Tatsächlich ist der Impfstoff nicht zugelassen, wird aber von der WHO eingesetzt, weil er sich bewährt hat und zumindest dem Gesundheitspersonal einen gewissen Schutz bietet. Darüber hinaus wurden mehrere zehntausend Menschen vorsorglich geimpft, um den Ausbruch einzuhängen.

Die Ebola-Epidemie liegt in Gebieten, in denen die Opposition der Regierungspartei und ihres langjährigen Präsidenten Joseph Kabila besonders stark vertreten war. Auf Anordnung der Regierung waren angeblich wegen der Ebola-Krise rund eine Million Menschen aus Beni and Butembo von den Wahlen ausgeschlossen worden; gleiches gilt für die im Westen gelegene Stadt Yumbi, in der im Dezember 2018 gewaltsame Ausein-

POLITIK / KOMMENTAR / RAUB

Gebremste Konjunktur - armes Deutschland ...

Zwei Parallelwelten in Deutschland: 30 Prozent der Erwerbslosen können sich nicht regelmäßig eine vollwertige Mahlzeit leisten. Daimler-Chef Zetsche kassiert ab 2020 pro Tag 4.250 Euro Rente. Der Sozialstaat ist Verfassungsauftrag. Die Politik muss endlich handeln.

Dietmar Bartsch (Co-Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag) [1]

andersetzungen zwischen den Volksgruppen stattfanden. In diesen drei Gebieten dürfen die Menschen erst im März wählen, doch der neue Präsident, Felix Tshisekedi, ist bereits vereidigt worden. Das sind keine guten Voraussetzungen, um in den Ebola-Gebieten Vertrauen in die Vertreter der Regierung zu wecken.

Für den Ausbruch der bewaffneten Konflikte in Ostkongo gibt es mehrere Gründe. Unter diesen ist der Kampf um den Zugriff auf die begehrten Rohstoffe sicherlich nicht der nebensächlichste. Insofern ist die Forderung von Nichtregierungsorganisationen wie Global Policy Forum, daß die Industrie für ihre Lieferketten Verantwortung übernehmen muß und keine Rohstoffe aus Konfliktgebieten kaufen darf, nachvollziehbar. In diesem Fall könnte das nach einiger Zeit zur Entschärfung der Lage in Ostkongo beitragen, sofern den Menschen, die existentiell auf den Rohstoffabbau angewiesen sind - auch wenn das Sklavenarbeit ist -, Alternativen angeboten werden.

Davon ist jedoch weit und breit nichts zu sehen. Ebola in Ostkongo wandelt sich von der epidemischen zur endemischen Ausbreitung. Das heißt, es wird von der Regierung, aber auch der internationalen Staatengemeinschaft hingenommen, daß dort Ebola grassiert. Letztlich erhält die Region den Charakter eines Manövergebiets, bei dem gelernt wird, wie trotz der unsicheren Lage aufgrund bewaffneter Kämpfe ein Ebola-Seuchenausbruch gemanagt werden kann.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/afka2185.html>

(SB) 30. Januar 2019 - Wenn gleich außer Frage steht, daß zahlreiche Menschen in Deutschland unter Armut leiden, die ihr Dasein zur Drangsal macht und ihr Leben verkürzt, ist Aufklärung über soziale Grausamkeiten ein unverzichtbarer, aber keineswegs hinreichender Ansatz, dem Übel den Kampf anzusagen. Ausbeutung und Verelendung erheblicher Teile der Gesellschaft sind kein Kollateralschaden kapitalistischer Verwertung, Profitmaximierung und Krisenstrategie, sondern deren Voraussetzung. Ob maßlose Bereicherung der einheimischen Eliten, Exportstärke oder Hegemonialstreben in Europa, Kern dieses Komplexes bleibt die durch Hartz-Gesetze und Agendapolitik beflügelte ökonomische Dominanz der Bundesrepublik, erkaufte mit der Zurichtung der lohnabhängig Beschäftigten und Ausgegrenzten. Diese Konstruktion ist insofern nicht reformierbar, als es sich um die tragenden Wände des deutschen Hauses handelt. Dessen Stärke resultiert aus der Vorreiterschaft in der Durchsetzung des Prinzips, die Ungleichheit im eigenen Land wie auch in der Konkurrenz der Staaten auszunutzen und zu verschärfen. Diese parasitäre Existenzweise, weite Teile der Be-

völkerung auszusaugen, die europäischen Nachbarn niederzukonkurrieren und Volkswirtschaften auf anderen Kontinenten zu ruinieren, hat für einen relativen Wohlstand gesorgt, von dem jedoch zwangsläufig beträchtliche Teile der Bevölkerung abgeschnitten sind.

Dies zu ändern ist letzten Endes keine Frage der Information oder des moralischen Appells, sondern der Macht, den eigenen Interessen zur Durchsetzung zu verhelfen. Das weiß niemand besser als Jens Spahn, der im letzten März gewissermaßen das politische Unwort des Jahres 2018 geprägt hatte: "Hartz IV bedeutet nicht Armut, sondern ist die Antwort unserer Solidargemeinschaft auf Armut." Damals wechselte der ambitionierte CDU-Politiker gerade von seinem Posten als Staatssekretär im Finanzministerium auf den des Gesundheitsministers und setzte bei dieser Gelegenheit seine Duftmarke in Sachen Klassengesellschaft. Ich beanspruche die Deutungsmacht und erkläre die Armut durch Hartz IV für nichtexistent, so seine ideologische Absage an jegliche Kritik, die auf Abschaffung dieses Zwangsverhältnisses drängt.

Wissen Spahn und Konsorten nichts von den Schlangen vor den Tafeln oder von Grundschulen, in denen die Hälfte der Kinder hungrig zum Unterricht kommt? Sollten ihnen Wohnungsnot, Hetze in Billigjobs, Elend und Entwürdigung entgangen sein? Natürlich nicht, sind sie doch politische Karrieristen genug, um zu erkennen und durchzusetzen, was ihre persönlichen Privilegien mehrt und die Macht ihrer Klasse festigt. Sie brauchen und wollen dieses Zwangsregime aus Sozialabbau und Arbeitsdruck, Sanktionen und Angst, das die Löhne senkt und für Friedhofsruhe sorgt. Sie reiten die menschlichen Arbeitstiere zu Schanden, um Herren zu bleiben, ihre Teller und Tassen zu füllen, allen Widerstand zu brechen.

Wen wundert's noch zu hören, daß fast jeder dritte Erwerbslose in Deutschland nicht genug Geld hat, um sich wenigstens jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit zu leisten? Das sind mehr als fünf Millionen Menschen ab 16 Jahren, von der Kinderarmut ganz zu schweigen. Wen rührt's, daß sich 2017 etwa 21 Millionen Deutsche nicht in der Lage sahen, unerwartete Ausgaben in Höhe von 1000 Euro zu stemmen? Damit wird jede größere Reparatur oder ein dringend benötigtes Haushaltsgerät zum kaum lösbaren Problemfall. [2] Fast 16 Prozent der Haushalte fehlte darüber hinaus nach eigenen Angaben Geld, um jährlich eine Woche außerhalb der eigenen vier Wände Urlaub zu machen. Bei den Arbeitslosen galt dies sogar für mehr als die Hälfte, und etwa 15 Prozent von ihnen hatten Probleme, Miete und Rechnungen zu bezahlen oder ih-

re Wohnung angemessen zu heizen. Die Zahlen stammen aus der EU-Datenbank SILC, die das Statistische Bundesamt auf Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ausgewertet hat, und beruhen auf der Selbsteinschätzung der befragten Haushalte. [3]

In Deutschland beziehen etwa drei Millionen Haushalte Hartz IV, von Armut bedroht sind dem Statistischen Bundesamt zufolge sogar über 15 Millionen Menschen. Die Tafeln versorgen etwa 1,5 Millionen Menschen mit Lebensmitteln und beklagen seit Jahren ihre zunehmende Überlastung. Von persönlichen Schicksalen oder gar selbstverursachter Not kann keine Rede sein. Dabei ist Armut in der EU ein klar definierter Zustand. Wer weniger als 60 Prozent des nationalen mittleren Einkommens zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet oder arm. Die Regelsätze des Arbeitslosengelds II, im Volksmund Hartz IV, liegen unterhalb dieser Grenze. Außerdem sind seit den Reformen viele Menschen in Billigjobs und prekäre Anstellungen des größten Niedriglohnssektors Europas gezwungen worden, dessen sich Gerhard Schröder einst rühmte. [4]

Die durchschnittliche Lebenserwartung klappt zwischen den ärmsten und den reichsten Bevölkerungsteilen in Deutschland mittlerweile bei Frauen um acht und bei Männern um zehn Jahre auseinander. Soweit man dennoch davon sprechen kann, daß es möglich sei, mit Hartz IV zu überleben, sind die darüber hinausgehenden Wege zur sozialen Teilhabe versperrt. Hinzu kommt der geringe gesellschaftliche Status und die permanente Bezeichnung

seitens des Jobcenters, sich des Sozialbetrugs schuldig zu machen. Mögen die Zug um Zug verschärften Sanktionen auch wie groteske Strafexzesse eines sadistischen Unterwerfungsregimes anmuten, hat ihre administrative Kälte doch System. Hartz IV soll nicht nur Leistungen kürzen, sondern einen umfassenden Arbeitszwang durchsetzen und jeglichem Widerstandsgeist das Wasser abgraben.

Die Sozialexpertin der Linkspartei Sabine Zimmermann spricht von alarmierenden Zahlen: "Armut ist in Deutschland kein Randphänomen, sondern zieht sich quer durch die Bevölkerung. Was für viele selbstverständlich ist, ist für eine große Gruppe von Menschen unbezahlbar." Zimmermann fordert von der Bundesregierung "ein umfassendes Konzept zur Armutsbekämpfung". Dazu gehöre ein Mindestlohn von zwölf Euro, die Streichung der sachgrundlosen Befristung sowie die Aufhebung der Sanktionen für Hartz-IV-Bezieher. Zudem solle das Rentenniveau auf 53 Prozent angehoben werden.

Die soziale Spaltung frißt sich immer tiefer ins gesellschaftliche Gefüge und dürfte die nächsten Wahlkämpfe prägen. Die jüngsten Wahlen haben gezeigt, daß die AfD vor allem in sozialen Brennpunkten gewann, in denen Menschen in Armut leben, während um sie herum die Wirtschaft brummt, Mieten steigen, Preise anziehen. Die Kontroverse um Hartz IV gleicht einer Schicksalsdebatte für die SPD, deren Kanzler Schröder einst der Bauherr dieses tiefsten und nachhaltigsten Einschnitts in den Sozialstaat war. SPD-Sozialminister Huber-

tus Heil schwadroniert von einem neuen sozialen Arbeitsmarkt, während die Parteivorsitzende Andrea Nahles von einer Abschaffung von Hartz IV nichts mehr wissen will. Dies fordern neben der Linkspartei auch die Grünen, ein höherer Mindestlohn ist parteiübergreifend im Gespräch.

Unterdessen rechnet die Bundesregierung in diesem Jahr nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent. Damit senkt die Regierung ihre Erwartungen an das Bruttoinlandsprodukt deutlich, da sie in ihrer Herbstprognose noch von 1,8 Prozent Wachstum ausgegangen war. Nach einem Anstieg von 2,2 Prozent für 2017 und 1,5 Prozent im vergangenen Jahr scheint sich die längste ununterbrochene Wachstumsphase seit 1966 ihrem Ende zuzuneigen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier machte bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts vor allem den zunehmenden "Gegenwind" aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld für die schwächere Prognose verantwortlich. Dazu gehörten der anstehende Brexit und die anhaltenden Handelskonflikte ebenso wie das internationale steuerpolitische Umfeld.

Dennoch versichert der Wirtschaftsminister, das Wachstum habe sich zwar "verlangsamt", aber die Bundesrepublik befinde sich nach wie vor im Aufschwung. "Die guten Jahre können weitergehen, wenn wir klug und umsichtig handeln", verkündet Altmaier und schlägt zu diesem Zweck Milliardenentlastungen vor allem für Unternehmen vor. Man müsse den Fokus auf "Wachstumsimpulse und Zu-

kunftstechnologien" lenken und Unternehmen zu Investitionen ermutigen, auch sollten Planungen beschleunigt und bürokratische Hürden abgebaut werden. Mit ihrer Prognose setzt sich die Bundesregierung an die Spitze der Konjunkturpessimisten, da alle großen Forschungsinstitute bisher mit einem kräftigeren Zuwachs gerechnet hatten. "Ich halte das für Zweckpessimismus der Bundesregierung", so der Direktor des gewerkschaftsnahen IMK-Instituts, Gustav Horn. "Denn sie will im Laufe dieses Jahres sagen, dass alles viel besser gelaufen ist als zunächst erwartet, vor allem dank ihrer Bemühungen in einem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld." Die konjunkturelle Dynamik sei noch intakt und werde insbesondere vom privaten Konsum getragen. [5]

Das klingt nach lautem Pfeifen im finsternen Wald und läßt Schlimmstes befürchten. Millionen von Menschen, an denen Altmaiers "gute Jahre" spurlos vorübergegangen sind, weil sie dafür mit ihrer Arbeitskraft in prekären Jobs

und unter dem Hartz-IV-Regime bezahlt haben, würde eine Rezession um so mehr ins Verderben stürzen, in der selbst eine geringfügige Umverteilung von oben nach unten kein Thema mehr wäre.

Anmerkungen:

[1] deutsch.rt.com/inland/83390-armut-in-deutschland-jeder-dritte-arbeitslose/

[2] www.sueddeutsche.de/wirtschaft/arbeitslose-umfrage-ernaehrung-1.4309043

[3] www.tagesschau.de/inland/arbeitslos-essen-101.html

[4] www.sueddeutsche.de/politik/armut-und-hartz-iv-das-gefuehl-staatlicher-kaelte-ausgesetzt-zu-sein-1.4266874-2

[5] www.tagesschau.de/wirtschaft/wachstumsprognose-wirtschaft-101.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1182.html>

Kooperationspartner



Pressenza
Kooperationspartner
von Schattenblick
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de



poonal
poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

Der wahre Preis - Scharade mit dem Durst ...

Im September 2015 hat die UN in New York die globalen nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals - SDGs) verabschiedet: 17 Hauptziele mit teilweise zehn weiteren "Zielvorgaben" sollen "die Welt in eine transformieren, in welcher der Schutz des Planeten und Wohlstand für alle Menschen gewährleistet sein wird. Eines der elementarsten Ziele, SDG 6, betrifft die "Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle", und soll bis 2030 weltweit durchgesetzt werden. Bisher hat sich diesbezüglich jedoch wenig getan. Noch immer haben weltweit zwischen 1,5 und 2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu ausreichend sauberem und trinkbarem Süßwasser oder sie leben in Gebieten mit Wassermangel, in denen die verfügbaren Ressourcen in manchen Zeiten des Jahres nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken.

Zudem ist gerade das Erreichen dieses Ziel die grundlegende Voraussetzung für weitere Nachhaltigkeitsziele, wie "Keine Armut (SDG 1)", "Hunger beenden (SDG 2)", "Ein gesundes Leben" (SDG 3) "Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG 8)", die ebenfalls auf der UN-Agenda für 2030 stehen. Darüber hinaus sind auch die Ziele 11 und 13, d.h. "nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11) und das Handeln für den Klimaschutz (SDG

13) wasserbezogene Ziele. Weiter steht eine der vordringlichen Zielvorgaben des SDG 6 im Widerspruch zu den wenig wasserschonenden Praktiken der Industrie: "Bis 2020 wasserverbundene Ökosysteme schützen und wiederherstellen, darunter Berge, Wälder, Feuchtgebiete, Flüsse, Grundwasserleiter und Seen". [1]

Eine der naheliegendsten Lösungen, Entsalzungs- und Aufbereitungsanlagen zur Aufbereitung des reichlich vorhandenen Meerwassers auf unserem "blauen Planeten" zu nutzen, läßt sich das globale Wasserproblem ebensowenig lösen wie dieser letzte Punkt, denn die Großtechnik weist immer noch eine äußerst negative Ökobilanz auf, wie eine kürzlich veröffentlichte und von den Vereinten Nationen geförderte Studie ergab. Zwar räumt die Studie selbst ein, daß unter Einhaltung bestimmter Bedingungen die Nutzung von aufbereitetem Meerwasser unabdingbar ist. Und sie fordert die Entwicklung von umweltfreundlichen, klimaneutralen und kostengünstigeren Ansätzen, die auch in ärmeren Ländern Wasser für alle erschwinglich macht. Doch wie man es auch dreht und wendet, bzw. von welcher Seite man versucht, einen nachhaltigeren Ansatz zu entwickeln, scheint sich die Schlange in den Schwanz zu beißen. Die Probleme potenzieren sich. Es besteht kaum Aussicht, dieses wichtige Ziel bis 2030 noch zu erreichen.

Es ist tatsächlich so paradox, wie es sich darstellt: Zwei Drittel der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt, doch nur 2,5 Prozent davon sind Süßwasser. Davon sind wiederum gut zwei Drittel in Gletschereis gebunden, das durch den fortschreitenden Klimawandel möglicherweise sehr viel schneller abschmelzen und dem globalen Trinkwasserreservoir verloren gehen wird. Dafür gewinnt das salzige Meerwasser an Volumen dazu. Letzteres kann jedoch kein Mensch trinken, es sei denn, er verfügte über bestimmte Gene von Möwen oder Pinguinen, mit deren Hilfe diese ihren Flüssigkeitsbedarf über das Meerwasser abdecken können, weil sie mittels spezieller Drüsen das überschüssige Salz einfach ausscheiden. Für alle anderen Lebewesen ist es gesundheitsschädlich und oft sogar tödlich, Meerwasser zu trinken. Um das überschüssige Salz über die Nieren wieder aus dem Körper zu entfernen, brauchen diese salzfreies Wasser, das sie dem Körper aus allen Zellen entziehen. Man vertrocknet quasi von innen. Im schlimmsten Fall kann eine Salzvergiftung infolge von Atem- und Herzstörungen zum Tode führen.

In den vergangenen 50 Jahren ist der weltweite Süßwasserverbrauch doppelt so schnell gestiegen wie die Weltbevölkerung. Nach UNO-Schätzungen wird der Bedarf an Süßwasser bis 2030 die vorhandenen Ressourcen um 40 Prozent übersteigen. Fast die Hälfte der Menschen könnten

dann unter Wassermangel leiden. Sofern die Hochrechnungen für das Bevölkerungswachstum zutreffen, ginge es um nicht weniger als 4,275 Milliarden Menschen, die dann ohne Wasser dastehen würden. Darüber hinaus sinkt die Wasserqualität durch den Eintrag von Chemikalien und Mikroschadstoffen, die aus Abwässern, ländlichen Einträgen oder durch die Luft in offene Gewässer getragen werden oder durch die Bodenfiltration ins Grundwasser geraten. [2]

den reinen Wasserdampf als Trinkwasser in Schwämmen aufzufangen. 1869 wurde von den Briten im Golf von Aden eine der ersten Meerwasserverdampfungsanlage gebaut, mit der sie ihre Kolonialflotte mit Trinkwasser aus dem Roten Meer versorgten. Das extrem energieaufwendige Verfahren ist inzwischen von technisch viel subtileren Methoden abgelöst worden. Dennoch wird immer noch die Hälfte der weltweit aus Meerwasser gewonnenen Trinkwassermenge über ein Verdampfungsverfahren produziert.

werk für den Betrieb von Verdampfungsanlagen oder alternativ für die Hochdruckpumpen benötigt. Dies aber auch die Wartung der Membranen, Konstruktion, Bau und Instandhaltung der Anlagen sind äußerst kostenintensiv. So gab der Leiter einer Entsalzungsanlage in Palma de Mallorca, Luis Zubia, in einem Interview mit Eva Carolin Ulmer (Mallorca Magazin) an, daß man etwa 3,7 Kilowattstunden Strom für die Gewinnung von 1.000 Liter Trinkwasser benötige. Bei einem Strompreis von 10 Cent pro Kilowattstunde komme



Es ist also nur logisch, daß Länder in Küstennähe auf die 97,5 Prozent der weltweit verfügbaren Vorräte an Meerwasser und Brackwasser zurückgreifen und Techniken entwickeln, diese in trinkbares Wasser aufzubereiten. Damit könnten aber im besten Fall nur etwa drei Milliarden Menschen, die weniger als 200 Kilometer von den Ozeanen entfernt wohnen, mit Wasser versorgt werden.

Die erste und einfachste Methode ist hier seit jeher die Verdampfung. Meerwasser wird erhitzt, bis es verdampft und das Salz sich vom Wasserdampf trennt. Das Verfahren wurde bereits in der Antike von Seefahrern realisiert, die Meerwasser in Bronzegefäßen aufkochten und den entweichenden

Wasserindustrie mit Meeresanbindung.

Die Hälfte der Meerwasserentsalzung beruht auf Verdampfung.

Ein gewaltiger Industriekomplex vor der arabischen Küste in RAK (Ras Al Khaimah, Vereinigte Arabische Emirate).

Foto: 2006 by Octal [CC BY 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>)], via Wikimedia Commons

Die derzeit bevorzugte Methode ist die Wasseraufbereitung per Umkehrosmose. Unter hohem Druck von 60 bis 80 bar wird Meerwasser durch eine feine Membran gepreßt, die das Salz zurückhält. Beide Methoden teilen jedoch einige Probleme: Große Anlagen verbrauchen extrem viel Energie. In der Regel wird ein eigenes Kraft-

man schnell auf 40 Cent pro Kubikmeter (= 1.000 Liter). [3] Das ist allerdings noch nicht der Preis, den der Verbraucher für das kostenintensiv gewonnene Wasser zahlen muß. Dieser liegt bei mindestens 60 Cent pro Kubikmeter. Aufbereitetes Wasser ist damit doppelt so teuer als das aus Stauseen gewonnene Wasser. Nur kann selbst die größte Meerwasserentsalzungsanlage Europas, die in der Nähe von Barcelona für 230 Millionen Euro errichtet wurde, nur ein Viertel des Bedarfs in ihrem Einzugsbereich decken. [4] Das entsalzte Wasser sei nicht so rein, daß man es gleich trinken könnte, gab der Leiter der Anlage von Palma zu. Um Trinkwasser zu erhalten, müsse noch "etwas Kalk, Kohlensäure und Chlor" hinzugefügt werden. [3]

Meerwasserentsalzung ist bislang also vor allem etwas für reiche Länder oder Touristenregionen, die über die ausreichenden Mittel verfügen. Zudem wird die benötigte Energie oft aus fossilen Brennstoffen bezogen - zum Schaden der Umwelt und der Klimabilanz. Dieser Schaden wurde letztlich auch von den meisten Umweltorganisationen als geringer Preis für den möglichen Nutzen der Wasserbeschaffung für trockene Regionen wie dem Nahen Osten, Nordafrika, aber auch Spanien betrachtet. Er wurde allerdings nie ganz genau berechnet.

So trägt beispielsweise diese Art der Wasseraufbereitung im weitesten Sinne sogar zu weiterem Wassermangel bei. Denn bei jeder Verbrennung von fossilen Energieträgern entsteht CO₂, das in die Atmosphäre geblasen wird und dort als Treibhausgas ebenso zur globalen Temperaturerhöhung beiträgt wie zu den damit verbundenen wasserbezogenen Umweltfolgen wie das Abschmelzen der Gletscher oder der Schwund an Süßwasserressourcen.

Zwar sind immer wieder technologische Entwicklungen mit geringeren Betriebskosten im Gespräch, die mit erneuerbaren Energien oder der Ausnutzung von Sonnenenergie arbeiten und auch eine ärmere Zielgruppe bedienen sollen. Sie können jedoch in den seltensten Fällen ausreichend große Mengen an aufbereitetem Wasser liefern. Andere, wie die kontinuierliche Entsalzung durch "kapazitive Deionisierung" [5], die immer wieder im Gespräch aber bis heute nicht ausgereift ist, versagen bei Meerwasser mit hoher

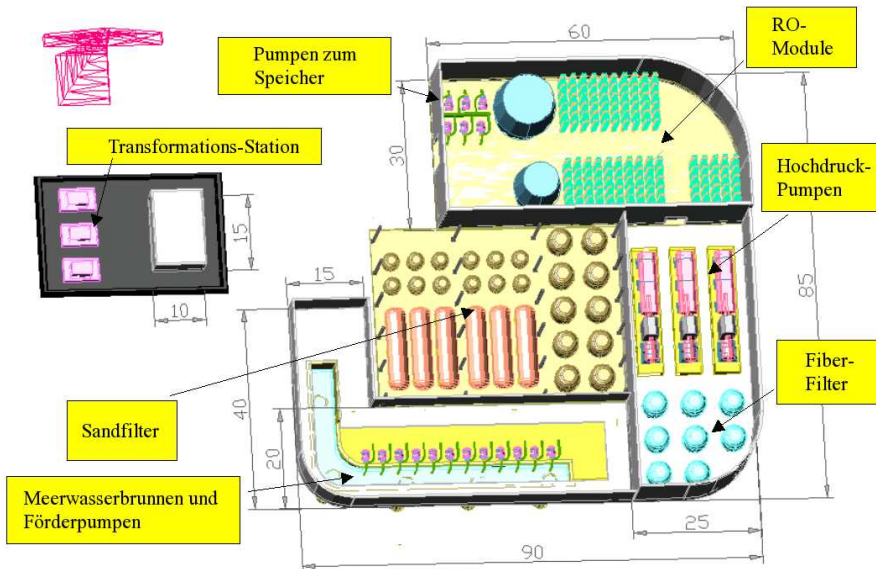
Salzkonzentration. Letztere kann energieeffizienter und mit sehr hohem Wirkungsgrad nur geringfügig salziges Brackwasser reinigen.

Ganz gleich welche Energieeffizienz sich mit der Nutzung neuer Technologien noch erwirtschaften läßt, eine Frage, die bislang nie in Rechnung gestellt wurde, taucht bei jeder Gewinnung von reinem Wasser aus salzhaltigem auf: Wohin mit der aufkonzentrierten Salzsole, die dabei anfällt?

In dem zuvor erwähnten Interview mit dem Betreiber einer Aufbereitungslage in Palma, wird angedeutet, daß diese Sole, von der laut Luis Zubia auf 450 Liter reines Wasser, 550 Liter anfällt, einfach ins Meer "zurückgeführt wird". Man habe zwar von Umweltschützern gehört, daß der erhöhte Salzgehalt den Organismen im Meer schaden könne, insbesondere der empfindlichen Posidonia (Neptungras)", erklärte er im Interview, doch man habe festgestellt, daß die Salzlake in weniger als 200 Metern Entfernung vor der Küste nicht mehr als erhöhter Salzgehalt im Wasser nachweisbar wäre. Das zeigten die Umweltverträglichkeitsstudien, die jedes Jahr durchgeführt würden. Und Neptungras wachse an dieser Stelle ohnehin nicht, aufgrund anderer, noch gravierenderer Schadstoffe im Meer. Daß die Salzlauge neben den aus dem Meerwasser stammenden, aufkonzentrierten Mineralien (Magnesium, Calcium, Natrium, Lithium) auch giftige Chemikalien und Schwermetalle aus dem Entsalzungsprozeß enthal-

ten und darüber hinaus zum Sauerstoffschwund eines Gewässers beitragen kann, wird hier nicht erwähnt. [6]

Ein von der UN unterstütztes internationales Forscherteam fand nun vor kurzem in der Studie "The state of desalination and brine production: A global outlook" [Über den Stand der Entsalzung und der Soleproduktion: Ein globaler Ausblick] heraus, [7] daß genau diese Rückleitung von Salzlake in bisherigen Umweltverträglichkeitsstudien nie in ihrem vollständigen Umfang berechnet worden und die Soleproduktion von 1 bis 1,2 Liter pro Liter Süßwasser (z.B. s.o.) unterschätzt worden ist. Im Fazit der Studie fassen die Forscher, die der Süßwasserproduktion mit Hilfe von Entsalzungsanlagen immer noch positiv zugewandt zu sein scheinen, folgendes zusammen: Weltweit sind nach den Daten des Teams 15.906 Entsalzungsanlagen in 177 Ländern in Betrieb. Ihre Zahl hat sich damit seit den 1980er Jahren fast verzehnfacht. Diese produzieren jeden Tag 95 Millionen Kubikmeter Süßwasser, was dem halben Tagesdurchfluß der Niagarafälle entspricht. Die Hälfte der Anlagen konzentrieren sich auf Standorte im Mittleren Osten, in Nordafrika und Spanien. Allein Saudi-Arabien, die Vereinten Arabischen Emirate und Kuwait zusammen erzeugen 29,3 Prozent des durch Entsalzung gewonnenen Trinkwassers. Ostasien und Nordamerika haben einen Anteil von 18,4 und 11,9 Prozent. In Europa ist Spanien mit 5,7 Prozent der größte Entsalzungsnutzer.



Hochdruck- und andere Pumpen nehmen den größten Raum der Anlage ein. Sie benötigen ein eigenes Kraftwerk. Planskizze einer Umkehrosmoseanlage
 Grafik: by Togo [CC BY-SA 3.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)], via Wikimedia Commons



Einblick in die Produktionshalle einer Wasseraufbereitungsanlage mittels Umkehrosmose.
 Foto: by James Grellier [CC BY-SA 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)], via Wikimedia Commons

Gemeinsam produzieren sie täglich 142 Millionen Kubikmeter Salzbrühe, 50 Prozent mehr, als frühere Schätzungen angeben. Dabei fällt der Löwenanteil der Salzlaugenproduktion den Anlagen im Mittleren Osten zu, die mit ineffektiven thermischen Verfahren arbeiten und viermal mehr Lauge als andere modernere Anlagen erzeugen. Zudem sei die Brühe in hohem Maße mit Chemikalien wie Antikorrodantien, Antiscaling- oder Antifouling-Mitteln aus dem Betrieb der Anlage belastet, die u.a. Ablagerungen auf den Membranen verhindern sollen. Aber auch metallische Giftstoffe wie Rubidium, Bor, radioaktive Stoffe wie Uran oder Halogenide wie Brom werden von 80 Prozent der Anlagen im Meer verklappt, weil sie in Küstennähe positioniert sind. Von dieser bislang nie erwähnten Meeresverschmutzung sind somit die Ökosysteme im Europäischen Mittelmeer am stärksten betroffen, die ohnehin schon unter den Einleitungen von Abwässern der Industrie und der Landwirtschaft vor allem in Po und Nil leiden. Unter anderem ist mit einer Zunahme der sauerstoffverarmten,

sogenannten marinen Todeszonen zu rechnen, in denen nichts mehr gedeiht.

Das vom Forscherteam der UN in Aussicht gestellte Potential, entsprechende Techniken für die Rückgewinnung der Chemikalien und Rohstoffe zu entwickeln, um quasi Profit aus der schlechten Umweltbilanz zu ziehen, hat reine Feigenblattfunktion. Fällt es doch schwer zuzugeben, daß man mit Meerwasserentsalzung keine nachhaltige Methode gefunden hat, den Wasserbedarf zu decken und auch die immer noch vorherrschende Wasserverschwendung zu bedienen.

Versuche zur Rückgewinnung von wertvollen Rohstoffen sind schon in anderen Zusammenhängen wie der Rückgewinnung von Seltenen Erden aus Handys, Smartphones, Computern und anderem Elektroschrott gescheitert. Sie erwiesen sich letztlich als extrem zeitraubend, unergiebig und mit hohen Energiekosten verbunden, so daß laut den Autoren der Studie an dieser Option noch gearbeitet werden muß. Sie schlagen hingegen ernsthaft das Verdünnen der Sole vor ihrer Einleitung ins Meer vor, was an einen Schildbürgerstreich denken läßt, denn womit sollte man Sole verdünnen als mit Wasser!

Eine weitere ebenfalls wenig appetitliche Lösung, welche die UN-Forscher vorschlagen, ist die Nutzung von anfallender Sole für Fischzucht und Aquakulturen. Es seien damit in speziellen Formen der Aquakultur schon Fischbiomasse-Zuwächse von 300 Prozent erreicht und auch für die Zucht der als Lebensmittelzusatz beliebten Alge Spirulina ließe sich

die Lauge einsetzen". [6] Doch welcher Markt sollte mit diesem schadstoffbelasteten Fischfleisch bedient werden?



Wird der Mangel durch Meerwasserentsalzung noch größer? Bis 2030 sollen alle Menschen ausreichend mit Wasser versorgt sein. In Tanzania (Afrika) kann Wasser oft nur über Löcher, die in trockene Flußbetten gegraben werden, gewonnen werden. Diese Aufgabe wird meist Mädchen aufgetragen, die deshalb keine Schulbildung erhalten können. Foto: by Bob Metcalf [Public domain], via Wikimedia Commons

Die kostspielige Meerwasserentsalzung ist somit keine Lösung für jene Regionen, die am meisten unter Wasserknappheit zu leiden haben. Diese sensiblen Bereiche könnten aber unter den Umwelt- und Klimafolgen, die mit der Entsalzung in Kauf genommen werden müssen, insbesondere durch den dadurch weiter angekurbelten Wassermangel, besonders leiden. Daneben stehen die privilegierten Regionen der

Welt, in denen die Trinkwasserknappheit ein hausgemachtes Problem ist, das von einer zahlungskräftigen Elite durch Verschwen-

dung im großen Stil veranlaßt wird. So versickern in Spanien, das Europa ganzjährig mit Obst und Gemüse versorgt, große Mengen an Süßwasser aus maroden Leitungen, ungenutzt in den Boden, ehe sie die Bewässerungsanlagen erreichen. In anderen Touristenregionen mit Wassermangel werden Golfplätze und Parkanlagen bewässert. Last but not least darf auch der unheimlich hohe Verbrauch an "virtuellem Wasser" für die Produktion von Rindfleisch (ein Kilo braucht 15.000 Liter) oder Kaffee (140 Liter Wasser für eine Tasse) nicht unerwähnt bleiben. Sollte nicht der Zugriff auf das Problem zuallererst an diesen Stellen mit einem generellen Umdenken beginnen?

Anmerkungen:

[1] [\[haltige-entwicklung/sdg-ziel-6-sauberes-wasser-und-sanitaere-einrichtungen/\]\(https://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/wasser/uwasc165.html\)](https://nachhaltigkeit.bv-ng.org/die-globalen-ziele-fuer-nach-</p></div><div data-bbox=)

[2] <http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/wasser/uwasc165.html>

[3] <https://www.mallorcama-gazin.com/nachrichten/tourismus/2016/02/10/44837/funktioniert-die-meerwasser-entsalzungsanlage-von-palma.html>

[4] <https://www.heise.de/tp/news/Groesste-Meerwasser-entsalzungsanlage-Europas-eingeweiht-2032683.html>

[5] <http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/wasser/uwaf0472.html>

[6] <https://www.sci-nexx.de/news/geowissen/ozean-groesste-todeszone-der-erde-waechst/>

[7] https://www.researchgate.net/publication/329476006_The_state_of_desalination_and_brine_production_A_global_outlook

Quelle: (Science of the Total Environment, 2019; doi:10.1016/j.scitotenv.2018.12.076)

[8] Antiscaling-Mittel bestehen meist aus Phosphonaten, Polycarboxylaten und speziell modifizierten Polymeren, die kristalline Ausfällungen verhindern. Antifouling-Mittel sind giftige Breitbandbiozide, die den mikrobiellen Bewuchs auf Schiffsrümpfen verhindern. Die bekannteste toxische Verbindung aus dieser Gruppe ist das in der Schifffahrt inzwischen verbotene Tributylzinn (TBT).

<http://www.schattenblick.de/infopool/natur/chemie/chula298.html>

EUROPOOL / BÜRGER / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Sea Watch 3: das solidarische Italien steht auf

Bericht aus der Redaktion Italien vom 30. Januar 2019

Wie bereits letzten Sommer in Catania mit dem Schiff Diciotti geschehen, versammelten sich Hunderte von Menschen - Verbände, ehrenamtliche Helfer, Gewerkschafter, Familien - nun auch in Syrakus in Sizilien am Strand, um ihre Solidarität mit den seit über 10 Tagen an Bord der Sea Watch 3 festsitzenden Migranten zu bekunden, die immer noch auf einen sicheren Hafen warten, den der italienische Innenminister Salvini ihnen aber weiterhin verweigert. "Holt sie an Land" und "Willkommen" riefen die Leute in Richtung des Schiffes, das in der Ferne sichtbar vor der Küste liegt. Diese Botschaften waren auch auf selbst gemachten Bannern zu lesen, die auf zahlreichen Balkonen der Stadt aufgehängt wurden.

Der Bürgermeister von Syrakus Francesco Italia erklärte, die Stadt sei bereit, die Migranten aufzunehmen. "Zu Syrakus, einer Stadt am Meer und seit jeher ein offener Hafen, gehört die Gastfreundschaft dazu und davon wollen wir auch nicht abweichen", schrieb er. "Wenn es Hilfesuche von Menschen in Unsicherheit und Angst gibt, nicht zuletzt wegen der schwierigen Wetter- und Seeverhältnisse, dann kann man nicht antworten, wie es Minister Di Maio getan hat, indem man sie einfach nach Marseille verweist: So werden nur die in den internationalen Regeln und der Schiff-

fahrt verankerten Rechte verweigert. Anstatt politisch über das Schicksal von 47 Menschen zu spekulieren und Spannungen mit Frankreich zu schüren, soll die Regierung das Anliegen der Sea Watch 3 in Syrakus genehmigen. Wir, die Kurie und alle Freiwilligenverbände, die sich sofort bereit erklärt haben, Hilfe zu leisten, wie wir es immer getan haben, und wie es Sizilien und Italien immer getan haben, werden uns um den ganzen Rest kümmern."

Laut dem Erzbischof von Syrakus Salvatore Pappalardo "muss jeder von uns angesichts von Menschen, die ihr Leben riskieren, Maßnahmen ergreifen, um den Schutz des Lebens zu gewährleisten". Und die Gemeinschaft Papst Johannes XXIII. von Rimini hat sich bereit erklärt, die Minderjährigen an Bord der Sea Watch 3 aufzunehmen.

Die Solidaritätsbekunden gehen noch weiter: Nach dem Facebook Video von Fanpage "Non vi lasciamo soli" ("Wir lassen Euch nicht alleine") [1], in dem sich Bürger von Neapel solidarisch erklären und das bereits über 20.000 Likes hat, sowie nach 12.000 Hilfsangeboten und 5.000 Solidaritätsschreiben fordern nun die Neapolitaner und ihr Bürgermeister Luigi de Magistris erneut, die Häfen zu öffnen. "Wir sind bereit, eine Unterschriftensammlung für eine neapolitanische Flotte zu

starten - bekräftigte die Magistris -, wenn die Regierung weiterhin an dieser unmenschlichen Politik festhält, der Menschen, die auf dem Meer ihr Leben verlieren, einfach gleichgültig sind".

In Genua nahmen über 10.000 Menschen an einer Veranstaltung teil, die von 130 zivilgesellschaftlichen Vereinen organisiert worden war und die sich gegen Salvini Sicherheitsdekret und die Einwanderungspolitik der Regierung richtete.

In Castelnovo di Porto haben die Einwohner Flüchtlingsfamilien mit Kindern aufgenommen, nachdem das dortige Aufnahmezentrum CARA gemäß Regierungsdekret geschlossen worden war. Nur so können die Kinder weiterhin zur Schule gehen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hatte gestern eine Grundrechtsverletzung im Fall der Sea Watch 3 festgestellt und die italienische Regierung dazu auffordert, "so bald wie möglich alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um allen Antragstellern eine angemessene medizinische Versorgung, Nahrung, Wasser und Grundversorgung zu gewährleisten."

Weitere Infos dazu gibt es auch im Update der Petition Seenotrettung ist nicht verhandelbar - Öff-

net die Häfen für die Sea-Watch 3 [2], die den Beschluss wie folgt kommentiert: "Der EGMR verlangt Brot und Wasser. Wir verlangen das Ende dieser politischen Geiselnahme."

Der zivilgesellschaftliche Druck in Italien scheint gewirkt zu haben. Aktuellsten Medienberichten zufolge hat sich die italienische Regierung heute mit sechs weiteren EU-Ländern (Luxemburg, Deutschland, Frankreich, Portugal, Malta und Rumänien) geeinigt und die 47 Menschen an Bord der Sea Watch 3 dürfen nun in den kommenden Stunden an Land gehen. Sea Watch Sprecher

Ruben Neugebauer sagte dazu: "Wir freuen uns, wenn die europäische Geiselnahme beendet wird. Trotzdem ist es ein bitterer Tag für Europa, weil erneut die Menschenrechte von EU-Verhandlungen abhängig gemacht worden sind".

Anmerkungen:

[1] <https://www.facebook.com/fanpage.it/videos/le-lettere-dei-napole-tani-ai-migranti-in-difficol-t%C3%A0/789308334744899/>

[2] <https://www.change.org/p/eu-commission-seenotrettung-ist-nicht-verhandelbar-%C3%B6ffnet-die->

[h%C3%A4fen-f%C3%BCr-die-sea-watch-3](https://www.schattenblick.de/infopool/europool/buerger/ebme0116.html)

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Presenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@presenza.com
Internet: www.presenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/buerger/ebme0116.html>

DIE BRILLE / REDAKTION / REZENSION

Irina Liebmann

In Berlin

von Christiane Baumann

Irina Liebmann
In Berlin
Roman. Mit einem Nachwort der Autorin
Frankfurt am Main, Schöffling & Co
2018
175 Seiten
20,00 Euro
ISBN: 978-3-89561-257-2

Dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer: Beim Wiederlesen von Irina Liebmanns Roman *In Berlin*

Im aktuellen politischen Diskurs ist neuerdings häufiger von der vernachlässigten ostdeutschen Identität zu lesen und zu hören. Nicht eingelöste Erwartungen und Enttäuschungen infolge der Wiedervereinigung nach westdeutschem Gusto sowie eine noch ausstehende beziehungsweise undifferenzierte Aufarbeitung der DDR-Geschichte würden 30 Jahre nach dem Mauerfall mit Macht an die Oberfläche drängen. Der

Zuspruch, den der Film *Gundermann* (2018) von Andreas Dresen erhielt, scheint solche Deutungsmuster zu bestätigen. Das Leben Gerhard Gundermanns, DDR-Liedermacher, Texter der Erfolgsband *Silly*, Baggerführer und Stasi-IM, zeigt eindrucksvoll, dass es keine einfachen Wahrheiten gibt und dass es notwendig ist, DDR-Biografien in ihrer Ambivalenz und Widersprüchlichkeit zu verstehen. Stempel wie "Ostalgie" oder "ewig Gestrige" sind wenig hilfreich, stellen aber differenziertere Perspektiven auf die DDR schnell in die Ecke des Indiskutablen. Dahinter verschwin-

det meist der Anspruch einer Vielzahl von Menschen, die in der DDR eine solidarische, sozial gerechtere und demokratischere Gesellschaft schaffen wollten. Der Schriftsteller Christoph Hein sagte vor Jahren in einem Interview, wer wirklich etwas über die DDR erfahren wolle, der müsse Bücher lesen, die in dieser Zeit geschrieben wurden (*Spiegel*, 9. April 2004). Eine Autorin, die in dieser Zeit Bücher schrieb, war Irina Liebmann.

Irina Liebmann debütierte 1982 in der DDR mit dem Prosa-Band *Berliner Mietshaus*. Er enthält

reportageartige Skizzen über die Bewohner eines Hauses am Prenzlauer Berg. Maxi Wanders Tonbandprotokolle *Guten Morgen, du Schöne* hatten 1977 für Schlagzeilen gesorgt. Auch Christine Lambrechts "freimütige Protokolle" *Männerbekanntschaften* (1986) könnten, neben anderem, genannt werden und belegen einen Trend zum Dokumentarischen in der Literatur der DDR um 1980, mit dem Autoren auf das Auseinanderfallen von idealem Anspruch und erlebter Wirklichkeit reagierten. Authentizität verbürgte Wahrheit: "Kein Kommentar, keine Bildunterschrift, dafür ein lebendiger Augenblick" (172), so beschreibt Liebmann diese Intention im Nachwort zu ihrem 1988 in der DDR begonnenen, 1994 erstmals erschienenen und jetzt, dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer, neu aufgelegten Roman *In Berlin*. "Ich schreibe nur auf, was ich selber gesehen habe, selber empfunden und werde damit keine Absicht verfolgen." (173) Das erinnert an das surrealistische Experiment des automatischen Schreibens, wird jedoch durch den Anspruch einer in den 1980er Jahren in der DDR "politisierten Generation" (172) gebrochen, auch durch den Schreibstil, in dem "Biographie, Erinnerung und Kommentar" [1], Geschichte und Gegenwart, erlebte und erzählte Wirklichkeit eine ungewöhnliche Symbiose eingehen. Dieser Stil prägt den Roman *In Berlin*, in dem die Erzählerin "der Liebmann" gegenübertritt, die letzten Monate in der DDR, ihren privilegierten "Austritt" aus diesem Land 1988 mit einem Reisepass, der es ihr ermöglichte, zwischen Ost und West zu pendeln, und die Wendezeit reflektiert. Die Erzäh-

lerin erlebt diese Zeit als schizophren, als einen Zustand des Nicht-Loskommens vom Osten und des nicht Ankommens im Westen, als innere Zerrissenheit, die der Spaltung des geteilten Berlins und später des wiedervereinten und doch durch Welten voneinander getrennten Ost- und Westteils entspricht.

Berliner Mietshaus, In Berlin, Stille Mitte von Berlin (Essay 2002) - Berlin, das ist Liebmanns Thema und lässt an Großstadtromane wie *Berlin Alexanderplatz* von Alfred Döblin denken. Die als Tochter des Journalisten, Kommunisten und während des Nationalsozialismus nach Russland emigrierten Rudolf Herrstadt und seiner russischen Frau Valentina 1943 in Moskau geborene Liebmann kam 1945 mit ihren Eltern nach Berlin zurück. Ihr Vater wurde in der sowjetischen Besatzungszone zu einer Schlüsselfigur beim Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Presse. Er war Gründer der *Berliner Zeitung* und Chefredakteur des *Neuen Deutschland*. Die Familie lebte privilegiert, bis der Vater aufgrund seiner kritischen Haltung gegenüber der SED-Führung und vor dem Hintergrund der Ereignisse um den 17. Juni 1953 aus der Partei ausgeschlossen wurde. Liebmann meldete sich in den 1970er Jahren mit ersten Hörspielen zu Wort. Ihr Buchdebüt *Berliner Mietshaus* 1982 machte sie schnell bekannt, weil sie Bilder der Desillusionierung und Stagnation einfing, die in dem Statement von Stefan und Regina S. gipfelten: "Nur eine Volksbewegung kann die Menschheit retten, sagt Stefan. Das wird nie sein, sagt Regina. Vielleicht doch, sagt Stefan. Das

wäre Revolution, sagt Regina." [2] Eine Revolution im Staat der Arbeiter und Bauern? Das war Ketzerei.

Der Roman *In Berlin*, der nicht mehr in der DDR erschien, beschreibt die Entfremdung des Individuums in der Gesellschaft, in der Klassenkampf nur noch eine Phrase ist, in Bildern der Erstarrung, des Stillstands und Rückzugs. Man lebt in seiner Wohnung, einer "Höhle" (13), wie in einer Wartehalle. Das Leben wird zur "HALTESTELLE" (18). Man wartet mit "ausgeschlagenen Augen" (18) auf das Visum, die Ausreise, will "bloß weg hier", "sich davonmachen" (15), fühlt sich wie ein "Geist" (20) neben seinem Leben. In der Erzählerfigur, die neben der Autorin steht, von dieser als "der Liebmann" in der dritten Person berichtet und sie so zum Objekt werden lässt, materialisiert sich der Identitätskonflikt. "Die Liebmann" bürgt zudem für Authentizität. "Warum will sie weg und wohin [...]?" (104) Gesellschaftliche Veränderung scheint im Osten nicht mehr möglich. Also "Austreten" aus diesem Land, Aufbruch in die Fremde. Doch so mancher "will weg, dabei will er gar nicht" (17). "Die Liebmann steht wie ein Feind vor den Schaufensterscheiben" im Berliner Westen (135). Die Liebe zu einem Westberliner Filmkritiker - sie trägt nicht. "Irgendwas an Westberlin ist nicht wahr." (137). Sie sucht etwas Anderes. Weder der Reisepass noch der Fall der Mauer löst den Identitätskonflikt. Die Flucht in den Westen erweist sich als Flucht vor sich selbst. Sie bricht auf zu einer anderen Reise, die sie zu ihren Wurzeln führt. Sie beginnt, sich "im Spiegel" zu erkennen: "Ich

bin in dem Spiegel drin" (146). Unsicher fragt die Erzählerin: "Dann wäre im Spiegel mein Innerstes, das Verborgenste also, das, was ich nicht weiß, so sichtbar, so vor meinen Augen?" (151) Sie blickt in den "Spiegel des Wassers", wie ihn der Psychologe Carl Gustav Jung nennt, wagt Selbstbegegnung und Selbsterkenntnis. Das Scheitern des Vaters, der 1953 als überzeugter Kommunist und im Namen der Sache Ulbrichts Rücktritt gefordert hatte, war das Familiengeheimnis - "der größte Sieg ein Geheimnis" (149). Das bedeutete Verrat an den eigenen Idealen und wurde zu einer Chiffre für verlorenes Vertrauen, die sich durch das Leben der Erzählerin zieht. "Da war wohl Ende" (127) - be greift die Erzählerin, deren individuelles "Nicht-Gelingen" (174) als Teil des Scheiterns einer Gesellschaftsutopie sichtbar wird. Plötzlich ist sie "in Berlin", das "offen" (163) vor ihr liegt. Erst jetzt wird der unverstellte Blick auf die Wirklichkeit, auf Ost und West möglich.

"Ins Offene, Freund!" (172) Liebmann zitiert in ihrem Nachwort Friedrich Hölderlins berühmte Elegie. Der Roman *In Berlin*, die Bilder und Episoden aus der Endzeit der DDR mit all ihren Hoffnungen und Irrtümern, dieses Leben in einer Welt, in der das "Wir" noch einen Klang hat ("Wir kennen uns alle von dort", 153), sich aber angesichts von Bspitzelung und Verrat zugleich als brüchig und als Illusion erweist, ist Abgesang und Aufbruch aus der geistigen Enge in eine erhoffte Offenheit. Diese ist jedoch nicht in den Glitzer-Fassaden und Kaufhaus-Schaufenstern des Westens zu finden. Das "mit der Zeit Mitschrei-

ben" legt keine "unerhörten Wichtigkeiten" (174) oder "historischen Ereignisse" (175) offen, sondern reproduziert in den Momentaufnahmen das immer gleichbleibende Auseinanderfallen von Schreiben und der "ringum behaupteten Wirklichkeit" (174). Es erzählt vom Identitätsverlust, von Entwurzelung und den Schwierigkeiten des Ankommens in einer gesamtdeutschen Wirklichkeit und liefert damit alltägliche Befunde, die sich in Geschichtsbüchern nicht nachlesen lassen, die Klischees aufbrechen und zu einem differenzierten Geschichtsbild beitragen. Das Offene, von dem

hier die Rede ist und das individuelle Freiheit verheißt, wird zum Fluchtpunkt gescheiterter Hoffnungen und des noch nicht Eingelösten, dem nur die Kunst Gestalt zu geben vermag.

Anmerkungen:

[1] Irina Liebmann, *Berliner Mietshaus. Begegnungen und Gespräche*, Halle-Leipzig 1982, S. 5.

[2] Ebd. S. 34.

<http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/redakt/dbrr0028.html>

KINDERBLICK / GESCHICHTEN

Der kleine Elefant - vergessen, spielen und verstecken ...

(SB) - Der kleine Elefant startete seine Reise nach Afrika in dem Privatjet der Gräfin. Leider musste er den langen Flug in einem Transportbehälter verbringen, der zwar geräumig war, ihm aber trotzdem missfiel. Vor lauter Langeweile war er eingeschlafen. Doch dann wurde er von einem heftigen Gerumpel geweckt, seine Transportbox wurde hin und her geworfen, kippte mal in die eine, mal in die andere Richtung. Er wusste nicht wie ihm geschah!

Der kleine Elefant Roland schrie vor lauter Angst so laut er konnte und plötzlich hörte er auch die ängstliche Stimme der Gräfin, die rief: "Werden wir abstürzen? Was passiert hier, ist die Maschine be-

schädigt? So sagen Sie doch etwas!" Der Pilot meldete sich über Sprechfunk, dass sie sich keine Sorgen machen sollte, er hätte alles unter Kontrolle und das Flugzeug würde nicht abstürzen, dann fügte er noch hinzu:

"So etwas habe ich auch noch nicht erlebt. Der Wind ist so heftig und ganz plötzlich zu einem gewaltigen Sturm ausgewachsen, der hat so starke Böen entwickelt, als wolle er mit dem Flugzeug Ball spielen. Ich muss schon sagen, dass es mir nicht gerade ein Leichtes ist, es ruhig zu steuern. Aber seien Sie unbesorgt, ich schaffe das!" - "Das ist gut, ich hatte bereits die ärgsten Befürchtungen", bedankte sie sich beim Piloten.

Endlich hatte die Gräfin auch ein Ohr für den kleinen Elefanten. Das jämmerliche, ängstliche Geheul rührte sie. Johann, der Diener ergriff die Transportbox, als sie gerade vor seinen Sitz trudelte und hielt sie fest. Er sprach beruhigende Worte zum kleinen Elefanten und hatte alle Mühen den Behälter nicht wieder loszulassen. Eine Weile noch wurde der Flieger durchgeschüttelt, dann endlich beruhigte sich der Sturm. Der Pilot konnte nun bald landen.

Das erste Mal in seinem Leben betrat der Elefant fremden Boden. Und er staunte nicht schlecht. Hier sah alles ganz, also wirklich ganz anders aus als in seiner Stadt. Der Flughafen war gar keiner. Zwar gab es eine Landebahn, aber eben nur eine und die war nicht einmal besonders breit. Am Ende der Bahn kam das Flugzeug zum Stehen und eine gewaltige grüne Wand erhob sich vor ihnen. Bäume voller riesiger Blätter, Büsche und hohe Gräser schienen ineinander verwoben, so als wollten sie niemanden hindurch lassen. Johann packte den Transportbehälter mit samt Elefanten und trug ihn die Treppe hinunter, öffnete ihn und sofort tapste Roland, noch etwas wackelig auf den Beinen, hinaus.

Er streckte seinen Rüssel in die Luft. Hier roch alles ganz seltsam und es war viel wärmer als Zuhause. Auch sah er nirgends Autos und keine großen, hohen Gebäude. Am Rande in einiger Entfernung konnte er nur ein kleines Haus erkennen, das war schon alles. Rund um den Platz wuchsen Bäume und hier wurde die Erde auch nicht mit Straßen oder Beton zugedeckt, vielmehr war alles

voller Gras, wo er auch hinsah. Sein kleines Herz machte einen Hüpf vor lauter Freude. Das alles gefiel ihm sehr. Nie hätte er sich träumen lassen, dass es so etwas überhaupt gab. Wie angewurzelt blieb er auf der Stelle stehen und horchte auf die vielen verschiedenen Stimmen. Darunter waren die von Vögeln, doch andere hörten sich überhaupt so fremd an, dass Roland nicht wusste, wer denn derartig merkwürdige Laute von sich gab. Ja, er wusste nicht einmal, ob er sich fürchten sollte.

Unterdessen telefonierte die Gräfin bereits wieder: "Ja, ja, wir sind wohlbehalten angekommen und begeben uns jetzt auf den Weg zu meinem Haus. Nein, wir werden mit einem Jeep abgeholt und morgen treffe ich mich mit den Wissenschaftlern, um die weiteren Schritte zu überlegen. Nein, der Kleine hat noch keine anderen Tiere gesehen. Er scheint ganz ruhig zu sein ...", in dieser Art verlief das Gespräch und forderte ihre gesamte Aufmerksamkeit.

Der kleine Elefant aber schaute sich weiter um und entdeckte auf einem der Äste eines dicken Baumes eine große schwarze Gestalt. Ihr ganzer Körper war mit langen Haaren bedeckt, nur das Gesicht nicht. Dieses Wesen, das aussah wie ein Mensch mit Fell, hockte bequem auf dem Ast, ließ seine Beine baumeln und hielt sich mit einem Arm an einem Zweig darüber fest.

Es beugte sich etwas vor, öffnete seinen Mund und gab unverständliche Laute von sich, sah aber aus als ob es lachen würde. Neugierig bewegte der kleine Elefant sich auf den seltsamen Fremden zu,

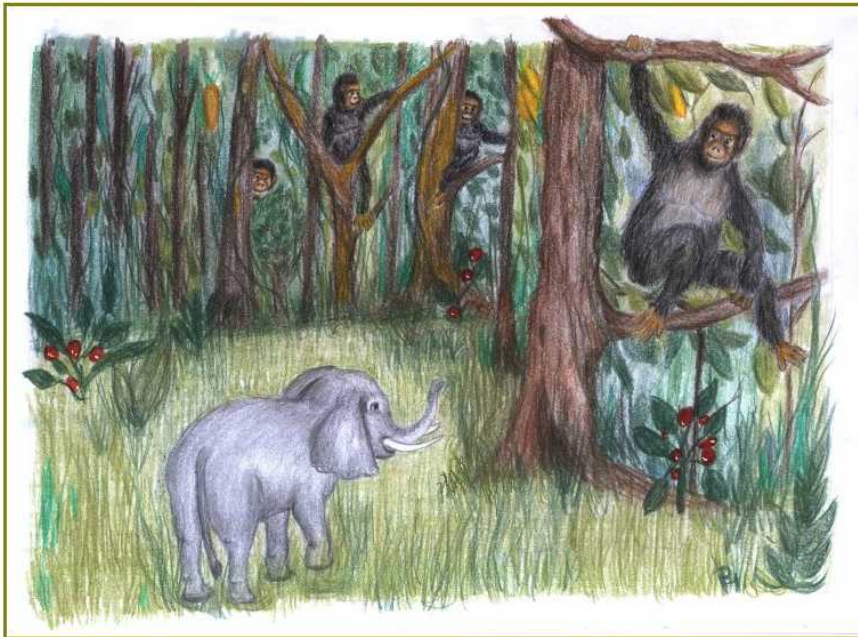
der nun anfang mit seinen langen Armen zu winken, jedenfalls glaubte Roland, dass das muntere Fuchteln ein Herbeiwinken sein würde. Mutig eilte er voran und stand nun direkt vor dem dicken Baum. Der große schwarze Fellmensch kletterte geschwind hinab und baute sich in voller Größe vor ihm auf.

"Wer bist denn du?", lachte er laut, "siehst aus wie ein richtiger Elefant, bist aber klein wie ein Baby!" Roland war gekränkt, schließlich war er ein richtiger Elefant und schon ziemlich erwachsen und immerhin auch ganz schön alt - jedenfalls war er davon überzeugt. So gab er leicht verärgert zur Antwort: "Na, du siehst aber auch verkehrt aus, bist gar kein richtiger Mensch!"

"Pah, hui, ha, ha, hui, nein wie lustig, ich ein Mensch, oh je, nur das nicht", brüllte dieser merkwürdige Fremde vor Lachen und hielt sich den Bauch. Er hockte sich hin und ließ sich auf seinen Hintern plumpsen, war dann aber immer noch so groß, dass er Roland bequem in die Augen sehen konnte.

"Also los, nun sag' schon, wie heißt du? Was willst du hier? Und überhaupt, wo kommst du her? So einen wie dich haben wir noch nie gesehen!", rief er aus. Prompt erschien hinter ihm im Gebüsch und auf den Bäumen ebensolche dunklen Wesen wie er. Und auch sie lachten, nur nicht ganz so laut.

"Ich heiße Roland, oder Ronny, ganz wie du willst und nun bist du an der Reihe, sag' wie heißt du und wer bist du?", forderte der kleine Elefant trotzig sein Gegenüber auf.



Februar 2019

Mo	4	11	18	25
Di	5	12	19	26
Mi	6	13	20	27
Do	7	14	21	28
Fr	1	8	15	22
Sa	2	9	16	23
So	3	10	17	24

© 2019 by Schattenblick

"Man nennt mich einfach nur Boss und das bin ich, ich bin hier der Boss", prahlte er und warf sich in die Brust.

"Aber wenn du kein Mensch bist, nur beinahe so aussiehst wie einer, was bist du dann?", beharrte Roland auf seiner Frage.

Die Menschen nennen uns Affen, sie sind allerdings ganz stolz darauf selbst keine zu sein. Sie halten sich für was Besseres und behaupten, sie seien die Könige der Welt und könnten tun und lassen was immer sie wollten", erklärte er dem kleinen Elefanten nun schon etwas freundlicher und fügte noch hinzu, "die sind ziemlich gefährlich!"

Das verstand Roland nicht, konnte er doch nur die Gräfin und Johann und die waren meistens

sehr nett zu ihm und kümmerten sich um sein Wohlbefinden. Andere Menschen sah er nur von Ferne ohne sie zu kennen. Doch ehe er weiter darüber nachdenken konnte, war er bereits von der Affenhorde umzingelt. Viele neugierige Hände griffen nach ihm, tätschelten seinen Rücken, zogen an seinen Ohren, ganz so als wollten sie prüfen, ob er echt oder ein Trugbild sei. Aber er war echt und so brüllte er empört: "Hey, was soll das!" Doch die Affen lachten, aber nicht böse, sondern freundlich und so streckte er vorsichtig und doch neugierig seinen Rüssel nach ihnen aus, um sie zu beschnuppern. Tausend Fragen flogen durch die Luft, gemischt mit Staunen und Lachen. Allmählich fühlte sich Roland ganz wohl unter ihnen und ob der vielen Neuigkeiten, die sie austauschten.

Bei all dem Betasten, Tätscheln und dem Durcheinander der vielen Fragen bemerkte er nicht, wie sich die gesamte Affenbande mit ihm in der Mitte, immer tiefer in den Dschungel hinein bewegte ...

Fortsetzung folgt ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/geschi/kgkg0098.html>

Wie alles begann:

Der kleine Elefant - Aufbruch ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/geschi/kgkg0097.html>

Inhalt

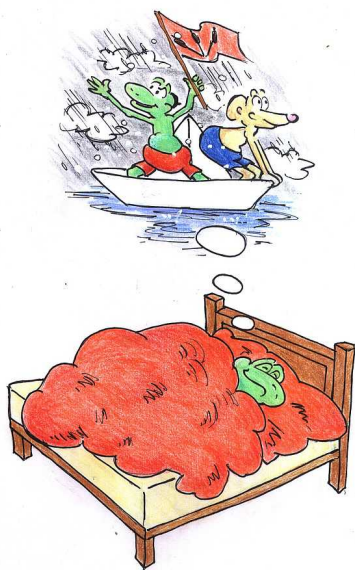
Ausgabe 2817 / Freitag, den 1. Februar 2019

POLITIK - AUSLAND	Brasilien - Politiker verlässt wegen Morddrohungen das Land (poonal)	Seite 1
SCHACH-SPHINX	Und wieder lächelte die Nemesis	Seite 2
POLITIK - AUSLAND	Brasilien - Nur noch drei Staatsbetriebe!?! (poonal)	Seite 3
POLITIK - AUSLAND	Vorwahlen in Bolivien (poonal)	Seite 3
POLITIK - REDAKTION	Iran - US-Aggression spitzt zu ...	Seite 5
POLITIK - REDAKTION	DR Kongo - Ebolamanöverfeld ...	Seite 6
POLITIK - KOMMENTAR	Gebremste Konjunktur - armes Deutschland ...	Seite 8
NATURWISSENSCHAFTEN	Der wahre Preis - Scharade mit dem Durst ...	Seite 11
EUROPOOL - BÜRGER	Sea Watch 3 - Das solidarische Italien steht auf (Pressenza)	Seite 16
DIE BRILLE - REDAKTION	Irina Liebmann - In Berlin	Seite 17
KINDERBLICK	02-2019 Der kleine Elefant - vergessen, spielen und verstecken ...	Seite 19
DIENSTE - WETTER	Und morgen, den 1. Februar 2019	Seite 22

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 1. Februar 2019

+++ Vorhersage für den 01.02.2019 bis zum 02.02.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Schneeregengemisch,
es nieselt und friert,
Jean-Luc träumt wie frisch
im Kissegeviert.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.